

Grünberger: Die Mitgliedschaft bei einem Selbstkontrollorgan der Branche, wie dem Presserat, als Fördervoraussetzung ist grundsätzlich vorstellbar. Allerdings betrachte ich dies nicht als hartes Qualitätskriterium, zumal ein überwiegender Teil der Marktteilnehmer Mitglieder sind. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist aber nicht die Zahl der Schiedssprüche, sondern vielmehr der Umgang damit.

medianet: Bleiben wir beim Thema Regierungsinserate. VGN-Chef Horst Pirker fordert vehement eine gesetzliche ex-ante-Regelung für Regierungs-



”

Die Aufarbeitung der strafrechtlich relevanten Tatbestände ist eine Sache, das Zurückgewinnen von Vertrauen eine sehr viel schwierigere Herausforderung.

Gerald Grünberger
zu den Vorwürfen

kommunikation und vor allem die Erfassung aller Ausgaben in der Medientransparenz-Datenbank. Wie steht der VÖZ zu einer gesetzlichen Regelung vor Vergabe von Regierungsinseraten?

Grünberger: Die VGN ist Mitglied des VÖZ, und Horst Pirker war viele Jahre Präsident des Verbandes, daher wird es nicht überraschen, dass die genannten Forderungen zum einem nicht

neu sind und bereits seinerzeit im Zuge des Medientransparenzgesetzes diskutiert wurden, und zum anderen aus Sicht des VÖZ eine sinnvolle Maßnahme zur Steigerung von Objektivität und Transparenz bei der öffentlichen Werbevergabe darstellt.

medianet: Frage zum Schluss: Die ganze Inseraten-Causa und diverse Chats haben zum Teil auch dem Image der heimischen Medien als unabhängige Instanz einer Demokratie geschadet. Wie beurteilen Sie die Dinge, die in den letzten Wochen so publik geworden sind?

Grünberger: Die in den letzten Wochen bekannt gewordenen Umstände haben mit Sicherheit dazu beigetragen, das Grundvertrauen in Institutionen, die Politik, aber auch die Medienlandschaft zu beschädigen. Die Aufarbeitung der strafrechtlich relevanten Tatbestände ist eine Sache, das Zurückgewinnen von Vertrauen mit Sicherheit

eine sehr viel schwierigere Herausforderung. Ich bitte nur zu berücksichtigen, dass man aufgrund eines spezifischen Falls nicht generell auf ein Systemversagen der gesamten Branche

”

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist aber nicht die Anzahl der Schiedssprüche.

”

... über Sanktionen

schließen sollte. Aber selbstverständlich sollte alles unternommen werden, damit österreichische Medien die Rolle des public watchdog glaubhaft einnehmen können.